

Muttenz, 22. Oktober 2021

Medienmitteilung

Die FDP Baselland fasst die Parolen zu den Abstimmungen vom 28. November 2021

- **Starker Rückenwind für die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung, die durch die Zürcher FDP Nationalrätin Regine Sauter präsentiert wurde**
 - **Deutliche Nein-Parole zur Pflegeinitiative**
 - **FDP Baselland steht klar hinter dem Covid-19-Gesetz**
 - **Bezüglich der Justiz-Initiative folgt die FDP Baselland der bereits gefassten Nein-Parole der FDP Schweiz**
 - **Klare Ja-Parole zum kantonale Integrationsprogramm**
-

Parteipräsident Ferdinand Pulver sprach zu Beginn des Parteitags über Einigkeit, er eröffnete: «Bedeutet eine geeinte Partei, eine Partei ohne Diskussion? Nein, ganz im Gegenteil. Ein Synonym von Einigkeit ist auch Konsens – ein Konsens entsteht immer dann, wenn zusammen sachlich und überlegt diskutiert, sich dann aber auf eine Meinung geeinigt wird und diese auch vertreten wird.» Genauso sieht er die FDP Baselland: Die FDP diskutiert – teilweise auch hart – scheut sich nicht, andere Meinungen anzuhören und auch von der vorerst gefassten Meinung zu ändern. Der Parteitag vom 20. Oktober 2021 der FDP zeigte genau diese Diskussionsfreudigkeit, aber auch der Wille für einen Konsens.

Vor den Parolenfassungen stellte Regine Sauter, FDP Nationalrätin des Kantons Zürich, die Initiative der FDP Frauen Schweiz zur Einführung der Individualbesteuerung vor. Laut Sauter ist in der Verfassung der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verankert. Dennoch werde aber heute das individuelle finanzielle Leistungsvermögen von gemeinsam besteuerten Paaren steuerlich anders beurteilt als dasjenige von Konkubinatspaaren und Alleinstehenden. Und weiter: «Es ist an der Zeit, diese Heiratsstrafe endlich abzuschaffen. Die heutige Gesellschaft kennt verschiedene partnerschaftliche Lebensmodelle und mit der Individualbesteuerung würden alle diese Modelle steuerlich gleichbehandelt.» Sauter ist zudem überzeugt, dass die Individualbesteuerung zu mehr Chancengleichheit führt. Insbesondere gut ausgebildete Frauen würden so vom Arbeitsmarkt abgehalten und hätten so verminderte Chancen für eine berufliche Karriere. Die Individualbesteuerung würde endlich die richtigen steuerlichen Erwerbsanreize setzen und so auch einen Beitrag zur Verringerung des Fachkräftemangel leisten.

Zudem stellte Sauter auch die Pflegeinitiative vor, welche durch den Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK im November 2017 eingereicht. Laut Sauter hat das Parlament das Problem des Pflegenotstandes erkannt und daher im März 2021 einen grosszügigen Gegenvorschlag verabschiedet: «Dieser Gegenvorschlag enthält alle Elemente der Pflege-Initiative, die auf Bundesebene umsetzbar sind. Im Gegensatz zur Initiative sieht der Gegenvorschlag auch einen Kontrollmechanismus vor, der eine Kostenexplosion verhindert.» Und weiter: «Zudem tritt der indirekte Gegenvorschlag automatisch und sofort in Kraft. Es ist im Interesse der Pflegefachpersonen aber auch der Patientinnen und Patienten, dass sie nicht nochmal mehrere Jahre auf eine Verbesserung warten müssen.» Ohne Gegenstimme fassten die Freisinnigen die Nein-Parole zur Pflegeinitiative.

Zur Revision des Covid-19-Gesetzes wetzten SVP Nationalrat Thomas de Courten (Contra) und FDP Nationalrätin Daniela Schneeberger (Pro) die Klinge. Aus der Perspektive von Thomas de Courten diskriminiert das Covid-19-Gesetz weite Teile der Bevölkerung, grenzt die Jungen aus und verletzt wesentliche Grundrechte. Aus Sicht von Daniela Schneeberger definiert das Gesetz klare Leitplanken für die bundesrätliche Pandemiebekämpfung und insbesondere das Covid-Zertifikat ermöglicht eine schnellere Rückkehr zur Normalität. Und weiter: «Umgekehrt drohen bei einer Ablehnung des Covid-19-Gesetzes und somit des Covid-Zertifikates erneut einschneidende Schutzmassnahmen sowie den Wegfall der Ausweitung der Unterstützungshilfen.» Beides ist vor allem für die Planungssicherheit für Unternehmen und deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einschneidend. «Dies müssen wir verhindern. Freiheit bedeutet auch, Verantwortung zu übernehmen.» empfiehlt Schneeberger und ergänzt, dass auch der Ständerat der Revision einstimmig und der Nationalrat mit 169 Ja zu 13 Nein sehr deutlich zugestimmt hat. Nach einer intensiven Diskussion fassten die Freisinnigen sehr deutlich die Ja-Parole zum revidierten Covid-19-Gesetz.

Bezüglich der nationalen Justiz-Initiative folgt die FDP Baselland der Parolenfassung der FDP Schweiz, welche bereits die Nein-Parole gefasst hatte.

FDP Landrat Marc Schinzel präsentierte die einzige kantonale Vorlage: den Landratsbeschluss vom 20. Mai 2021 betreffend des kantonalen Integrationsprogrammes, gegen welchen das Referendum ergriffen wurde. Laut Schinzel finanziert das kantonale Integrationsprogramm vorwiegend Massnahmen und Projekte zur sprachlichen Integration ausserhalb der Schule, der Ausbildung und des Arbeitsplatzes. Und weiter: «Aus liberaler Sicht stellt die internationale und mehrsprachige Bevölkerungszusammensetzung eine Stärke des Kanton Basel-Landschaft dar. Aus diesem Grund braucht es daher auch ein Integrationsprogramm, das einen Beitrag zur Integration und zur Chancengleichheit der ausländischen Bevölkerung leistet. Durch ein Nein würde die koordinierte

Integrationsarbeit des Kantons und der Gemeinden geschwächt, bewährten Einrichtungen, die Leistungsaufträge des Kantons erfüllen, der finanziellen Boden entzogen sowie langjährige Integrationstätigkeiten gefährdet.» Deutlich fassten die Freisinnigen die Ja-Parole zur einzigen kantonalen Vorlage.

Kontakt:

Ferdi Pulver, Präsident FDP Baselland, 079 423 59 19